

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/47. Jahrgang

November 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Kein "Wohnraumversorgungskonzept" sondern Verwaltung der Misere

Ohne Gegenstimmen wurde im Bauausschuss am 25.10. das „Wohnraumversorgungskonzept“ des Magistrats durchgewunken, das diesen Namen nicht verdient. Es ist allenfalls eine Bestandsaufnahme ohne konkrete notwendige Maßnahmen – ein Konzept der Verwaltung der bestehenden Unterversorgung von Wohnraum in Gießen, vor allem von bezahlbarem.

Inhalt:

Hartz-IV-Keule noch zu mild	S.2
Toiletten/Wärmestube/Ceta	S.3
Wasser zu teuer/Sonntagsverkauf	S.4
Renten/Kapital-Rentenplan von 1994	S.5
DKP-Landesliste zur Wahl/Nazi-Eger	S.6
FG BRD-Eritrea/Kunst ohne Kenntnis	S.7
Termine/US-Blockade gegen Kuba	S.8

1700 wohnungssuchende Menschen stehen auf der Warteliste der Wohnbau – gerade mal 500 Wohnungen sollen in den nächsten Jahren gebaut werden. Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, dass im gleichen Zeitraum hunderte aus der Sozialbindung herausfallen.

Einzige Konsequenz im Konzept: Es soll eine „Koordinierungsgruppe Soziale Wohnraumversorgung“ eingerichtet werden, damit die Dringlichsten am ehesten versorgt werden. Und die anderen gucken weiter in die Röhre.

25% der Einwohner von Gießen gelten als „einkommensschwach“; die Zahl der für sie bezahlbaren Wohnun-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Sparkasse zockt ab, schließt Filialen und sitzt im Prachtbau

Warum schließt die Sparkasse Gießen die Hälfte ihrer Filialen und erhöht ihre Gebühren um 50 bis 100 %?

Weil sie es kann und weil die eigentlich für die Kontrolle des Geschäftsgebarens zuständigen Kommunalpolitiker ihren Segen dazu geben, entgegen den Interessen der Bürger.

Der Grund, den die Sparkasse angibt und der von Politikern und Medien kritiklos nachgeplappert wird – die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank – ist ein Märchen. Wie schon im Gießener Echo 9/16 dargelegt wurde, haben sich die Einnahmen aus Zinsüberschüssen seit der Zeit vor der Bankenkrise 2008

kaum verändert. Mit der gleichen Ausrede erhöhen fast alle Banken ihre Gebühren und nehmen Geld auch für Leistungen, die bisher kostenlos waren. Auch die Volks- und Genossenschaftsbanken, die eigentlich von ihren Mitgliedern überwacht werden sollten, machen da keine Ausnahme. Gegen diese Abzocke im Interesse höherer Profite – und damit höherer Bonuszahlungen für die Geschäftsleitung – gäbe es nur ein Mittel: Enteignung und eine wirklich demokratische Kontrolle. Dann könnten sie ihren ursprünglichen, für alle nützlichen Zweck erfüllen: Gelddienstleistungen im Interesse der Bürger.

Gernot Linhart



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Hartz-IV-Keule: auf den Knien ist noch zu wenig

Im Landkreis Gießen waren im September 18.325 Menschen auf Hartz IV angewiesen, gemessen an der Bevölkerungszahl sind das 7%. Daran hat man sich gewöhnt – seit 11 Jahren.

Man weiß, dass diese Menschen in Armut leben, dass sie sich nicht richtig ernähren können, dass insbesondere die Kinder darunter leiden. Man weiß auch, dass Hartz-IV-Empfänger schikaniert werden, gedemütigt, erpresst und bestraft. Das ist halt so - solange dagegen nicht richtig aufgebeht wird.

Geldbuße für Schweigen

Bisher wurde sanktioniert, wenn jemand falsche Angaben machte. Jetzt, seit dem 1. August, reicht ein Verschweigen, egal ob wesentlich oder versehentlich. Geldbußen bis zu 5.000 Euro werden verhängt, wenn Angaben, die für die Festsetzung der Sozialleistungen wichtig sind, „**nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig**“ gemacht werden.

Dass zu Unrecht bezogene Leistungen zurückgefordert werden, ist normal. Nicht aber die Verhängung von zusätzlichen Bußgeldern.

Den Jobcentern werden damit Befugnisse erteilt, die eigentlich den Justizbehörden vorbehalten sind. Selbst

vor Gericht darf der Angeklagte schweigen oder sogar lügen - ohne Bußgeld. Auch Personen, die sog. Aufstocker oder 1-Euro-Jobber beschäftigen, sind betroffen.

Auch ihnen drohen Geldbußen, wenn sie ihre Angaben gegenüber den Jobcentern „nicht, nicht richtig...“. Damit

nen Führerschein und Job verlor, dann ist er selber schuld – Pech gehabt. Er muss alles an das Jobcenter zurückzahlen.

Wenn z.B. eine ledige Mutter den Namen des Kindsvaters zwecks Unterhaltsfeststellung nicht nennt... Es gibt genügend weitere Beispiele.



nicht genug: Wer die Buße nicht bezahlt, dem droht Erziehungshaft.

„Sozialwidriges Verhalten“

Besonders infam ist die neue Bestimmung, dass von Hartz-IV-Empfängern die Leistungen drei Jahre lang rückwirkend zurückgefordert werden können – egal ob dies vorsätzlich oder fahrlässig geschehen sein soll.

Wenn z.B. rauskommt, dass ein Berufskraftfahrer wegen Trunkenheit sei-

Kapital ist nie sozial

Diese grausamen, schon unmenschlichen Verschärfungen von Hartz IV entlarven dieses herrschende kapitalistische System als extrem unsozial. Und sie entlarven dessen Medien, die dem noch Lob zollen wie Springers „Welt“: „Der Sozialstaat muss bei Missbrauch wehrhaft sein.“

Der wirkliche Missbrauch findet bei den großen Fischen statt, wo es um Korruption, Millionenbetrügereien und mit krimineller Energie erzielte Profite geht. Hier wird geschwie-

gen und vertuscht und Steuerfahnder, die ihren Beruf ernst nehmen, werden notfalls für unzurechnungsfähig erklärt (so in Hessen geschehen).

Die BRD ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. So heißt es im Grundgesetz, Artikel 28 (1).

Richtig dagegen sollte es heißen:

Die BRD ist ein undemokratischer asozialer Unrechtsstaat.

Erika Beltz

(Fortsetzung von Seite 1)

"Wohnraumversorgungskonzept"

gen „auf dem freien Markt“ hat von 2011 bis 2014 um zwei Drittel abgenommen. Dennoch weigert sich der Magistrat, bei Neubauten eine Sozialklausel einzuführen, die die Bauträger verpflichtet, eine bestimmte Anzahl (25 – 30%) als Sozialwohnungen bereitzustellen. Ein entsprechender Antrag der Fraktion Gießener Linke wurde abgelehnt, obwohl genau dies im Konzept vorgeschlagen wurde und in vielen anderen Städten erfolgreich geschieht.

Fragwürdig sind auch die allgemeinen Bedarfszahlen. Es wird davon ausgegangen, dass bis 2030 rund 5.000, davon etwa 3.500 bis 2020 gebaut werden müssten. Dem liegt

eine Bevölkerungsentwicklung zugrunde, die nicht nachvollziehbar ist: es wird davon ausgegangen, dass die Zahl der 18 – 25jährigen um 37% und die der 25 – 30jährigen um 27% abnehmen würde. Und das in einer Universitätsstadt mit immer mehr Studierenden?

Insgesamt ist das Konzept in keiner Weise dazu angetan, an der Wohnungsnot in Gießen etwas zu ändern. Es ist ein gründliches Konzept der Mangelverwaltung – auf fast 100 Seiten.

Endgültig beschlossen wird es – nach Redaktionsschluss - im Stadtparlament am 10.11. Gespannt sein darf man auf das Abstimmungsverhalten der Gießener Linken, deren Vertreter sich im Ausschuss enthalten hat. E.B.





Öffentliche Toiletten – nicht für Gießen

Der Antrag von Michael Beltz für die Fraktion Gießener Linke wurde abgelehnt. Es gäbe in der Stadt genügend Möglichkeiten, eine Toilette aufzusuchen. Die im Rahmen der Gießener Landesgartenschau durchgeführte Aktion „Nette Toilette“ sei ein Angebot. Dass die Zahl dieser Toiletten langsam zurückgehe und für Behin-

derte nur selten eine Möglichkeit darstelle, wurde auch durch die Gießener Allgemeine bestätigt (28.10.). Nun soll wieder einmal geprüft werden nach dem Motto: wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Fest steht: es gibt in Gießen keine einzige öffentliche Toilette – außer dem Elefanten-Klo?

Wärmestube für Obdachlose – Gießen nicht verantwortlich

Die Oberbürgermeisterin und weitere Vertreter der Regierungskoalition stellten fest, dass es genügend Anlaufstellen für Obdachlose gäbe. Ob Menschen mit Hunden ein Angebot finden würden, konnte nicht beantwortet werden. Eine städtische Wärmestube gibt es nicht.

Unterkünfte finden Obdachlose bei AWO und Kirchen (Diakonie). Auch hier schiebt die Stadt alle Verantwortung für die am Rande der Gesellschaft lebenden Menschen von sich.

Und zu allen sozialen Problemen und daraus resultierenden Forderungen von linker Seite heißt es: Woher sollen wir das Geld nehmen. Die Forderung der Hessischen Verfassung, dass den Kommunen für ihre notwendigen Aufgaben entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen sind, wird nicht eingelöst – kann von der Landesregierung nicht eingelöst werden.

Das für soziale Aufgaben notwendige Geld wird in Berlin verschleudert.

Geld ist genug da – es muss umverteilt werden! Das alles ist machbar.

Geld ist genug da. Es fließt in die Rüstung. In diesem Jahr beträgt der Rüstungshaushalt offiziell fast 35 Milliarden Euro. Kriegsministerin von der Leyen will in den kommenden 14 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die „Modernisierung“ der Bundeswehr ausgeben. Die Rüstungsindustrie exportierte 2015 laut Wirtschaftsministerium Waffen im Wert von 12,81 Milliarden Euro.

Geld ist genug da. Es wird spekulativ gehortet von Reichen und Superreichen. In Deutschland leben 123 Milliardäre und mehr als eine Million Millionäre. Sie besitzen ein Vermögen von 2,4 Billionen Euro. Dieses Geld muss umverteilt werden.

(aus dem Sofortprogramm der DKP: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/04/sofortprogramm-der-dkp/>)

DKP: Nach CETA-Einigung weiter protestieren

Pressemitteilung des DKP-Parteivorstands vom 27. Oktober 2016

Nach der belgischen Einigung über CETA sagte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele:

„Vor sieben Jahren haben die EU-Oberen ihre Geheimverhandlungen über CETA begonnen. Für die undemokratische Aushandlung, wie dieses Abkommen im Sinne der Banken und Konzerne gestaltet werden sollte, hatten die EU-Oberen viel Zeit. Nachdem die Details öffentlich geworden waren, begann der Protest gegen CETA wie gegen TTIP und TISA.

Für demokratische Entscheidungen, für die Abstimmung in Parlamenten, hatte die EU keine Zeit eingeplant. Schon die kurze Verzögerung, die das wallonische ‚Nein‘ bedeutet hat, bewertet die Mainstream-Presse als Skandal. Für Demokratie haben die EU-Oberen keine Zeit. Der Verhandlungsmarathon in Belgien hat kosmetische Verbesserungen gebracht.

Was bleibt ist: Die Massenproteste und die Ablehnung eines Parlamentes hindern die EU-Kommission und die Regierungen der Großmächte in der EU noch nicht daran, ihre Politik durchzudrücken.

Für uns als DKP heißt das: Wir werden daran mitarbeiten, den Widerstand gegen die asozialen Freihandelsabkommen zu verstärken, weiter zu organisieren und in die Betriebe zu tragen.“



Verwaltungsgericht entscheidet über verkaufsoffenen Sonntag

Kirche (katholische Arbeitnehmervertretung) und die Gewerkschaft ver.di haben beim Verwaltungsgericht die Prüfung der Genehmigung zur Verkaufsöffnung anlässlich des „Liebig Suppenfestes“ am 6. November in Gießen beantragt. Zwar hatte die Stadt bereits ihre Zusage abgespeckt und eine eingeschränkte Erlaubnis erteilt, aber auch die dürfte die Voraussetzung zur Ladenöffnung nicht erfüllen. Denn: in den gesetzlichen Bestimmungen „wird ganz klar formuliert, dass keine ökonomischen Interessen für die Ausnahmen eine Rolle spielen dürfen“, so eine Pressemitteilung von ver.di. Weiter heißt es darin: „Das Problem ist auch, dass die Vertreter des Gießener Magistrats selber immer wieder ökonomische Gründe für eine Sonntagsöffnung anführen. Dies darf aber nicht sein. Sie erscheinen uns daher nicht objektiv und es bedarf nun einer richterlichen Prüfung.“

Die Chancen gegen die Ladenöffnung stehen gut; gerade erst wurde vom Verwaltungsgericht eine Ladenöffnung am Sonntag wegen der Buchmesse in Frankfurt verboten.



Gießens Wasser ist zu teuer

Die Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB), zuständig für Gießens Wasser und Abwasser, haben im vergangenen Geschäftsjahr einen Gewinn von 3,5 Millionen Euro gemacht.

In der Presse war verniedlichend zu lesen, sie hätten geringfügig mehr als ihre Kosten eingenommen. Geringfügig? Für jeden Gießener sind das immerhin mehr als 40 Euro, die er zu viel bezahlt.

Die Aufgaben der MWB haben bis 2010 die Stadtwerke wahrgenommen. Die Preisgestaltung von Aktiengesellschaften, die Monopolaufgaben wie die Wasser-Ver- und Entsorgung ausführen, wird vom Kartellamt kontrolliert. In mehreren Städten muss-

ten nach solchen Kontrollen die Preise gesenkt werden, oft mussten zu viel kassierte Beträge für mehrere Jahre zurückgezahlt werden.

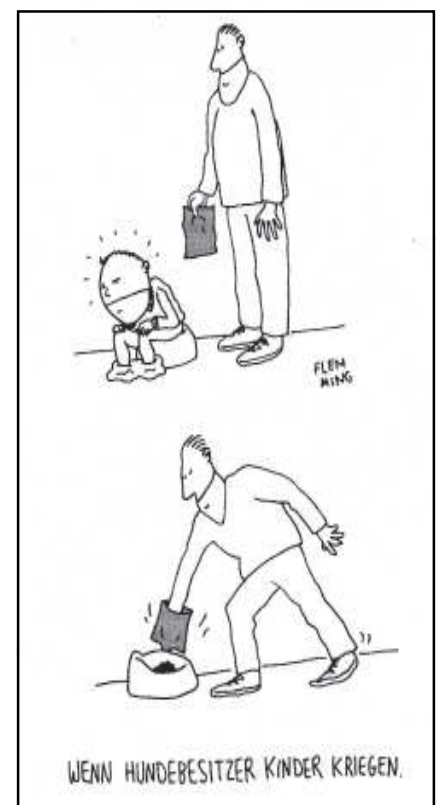
So etwas hätte auch den Stadtwerken gedroht. Deswegen wurde für das Wassergeschäft der städtische Eigenbetrieb MWB von den Stadtwerken abgespalten.

Für kommunale Betriebe ist das Kartellamt nicht zuständig, dort sollten eigentlich die gewählten Gremien die Preise überwachen. Gießens Bürger zahlen seit Jahren zu viel für Wasser und Abwasser, eine Art kommunale Wassersteuer. Die jeweiligen politischen Mehrheiten im Stadtparlament lassen das zu.

Gernot Linhart

Unfaire Wasserrechnung

Wenn das Wasser teuer ist, ist es umso ärgerlicher, wenn man wesentlich mehr bezahlen muss als man verbraucht. Vielen Mietern der Wohnbau (und wahrscheinlich auch anderen) geht es so. In älteren Häusern gibt es oft nur einen Wasserzähler fürs ganze Haus. Abgerechnet werden kann dann entweder nach Personenzahl oder nach Quadratmetern. Die Wohnbau hat letztere Form gewählt, offensichtlich die ungerechtere. Manche zahlen mehr als doppelt so viel wie ihrem Verbrauch entspricht. Die Wohnbau sollte ihren Mieterservice dafür einsetzen, in jeder Wohnung Wasserzähler zu installieren. G. L.



„Die Rente ist sicher.“ - Sicher nicht!

Norbert Blüms Ausspruch von 1997 wird den meisten bekannt sein, inzwischen glaubt selbst er nicht mehr daran. Sinkendes Rentenniveau, steigendes Eintrittsalter, Hartz IV, Minijobs und Leiharbeit sind nur einige Gründe, warum bei immer mehr Menschen die Rente nicht zum Leben reichen wird.

Die Gewerkschaften und Sozialverbände fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Einigkeit besteht darin, dass die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule der Alterssicherung bleiben muss. In seiner aktuellen Kampagne „Rente muss für ein gutes Leben reichen“ will der DGB das Rentenniveau zunächst stabilisieren und langfristig wieder deutlich erhöhen. Dazu sollen Beitragssteigerungen vorgezogen und versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden. Die IG Metall setzt bei der Stärkung der gesetzlichen Rente auf die „Erwerbstätigenversicherung“, bei der auch Selbstständige und Beamte einzahlen. So soll die Finanzierung auf eine „breitere Basis“ gestellt werden. Von der Politik ist jedoch nichts Gutes zu erwarten. Dies zeigt u.a. die

kürzlich im Bundestag beschlossene „Flexi-Rente“. Linke und Grüne kritisierten das Gesetz, weil es z.B. für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, keine Verbesserung bringe. In der Abstimmung konnten sie sich aber zu einem Nein nicht durchringen - sie enthielten sich.

Für die DKP ist klar: Rentenfragen sind Klassen- und Machtfragen. Das beginnt beim Kampf um die Löhne, gegen die Ausbeutung der Arbeitenden durch das Kapital. Weiter geht es

zung der Lebens- und allgemeinen Wochenarbeitszeit sind weitere aktuelle Forderungen – nicht nur der DKP.

Vor 20 Jahren lag das Rentenniveau noch bei 70% vom Brutto-Einkommen. Klassenkampf von oben – mit Unterstützung aller Regierungsparteien, insbesondere durch die Agenda 2010 der SPD/Grüne-Regierung – hat das Rentenniveau auf unter 50% vom Netto-Einkommen gedrückt und zu einer früher unvorstellbaren Altersarmut geführt. Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2017 soll scheinbar zurückgerudert und eine weitere Absenkung gestoppt werden. Die jetzigen Vorschläge und Forderungen sind vollkommen unzureichend. Klar ist: nur gemeinsam können Verbesserungen erreicht werden, deshalb ist die Beteiligung an den gewerkschaftlichen Aktionen unerlässlich. Sie werden umso erfolgreicher sein, je konsequenter gegen die Politik der Herrschenden solidarisch gekämpft wird.

Rainer Grabowski



im Kampf gegen eine Steuerpolitik, bei der die Reichen verschont bleiben. Die Abschaffung des Hartz-Systems, eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro und die Verkür-

die Politik der Herrschenden solidarisch gekämpft wird.

Der „Masterplan“ des Großkapitals von 1994 zur Zerschlagung der gesetzlichen Rentenversicherung

Für alle Bundesregierungen seit den 90er Jahren gilt als sozialpolitische Richtschnur und Vorgabe ein strategischer Masterplan der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „Sozialstaat vor dem Umbau. Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit sichern“ von Oktober 1994. Damals hieß es im Vorwort zu diesem strategischen Konzept: „Die bisherigen Reformen – vor allem im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung – waren erste notwendige Schritte zur langfristigen

Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme... Erforderlich sind eine Senkung der Zwangsabgabenbelastung für Arbeitnehmer und Betriebe sowie eine Neugewichtung zwischen Subsidiarität und Solidarität in Richtung auf mehr Eigenverantwortung des Einzelnen.“

Zwar habe die Rentenreform von 1992 einige dauerhaft finanzwirksame Maßnahmen getroffen, diese könnten aber nur bis 2010 einen „vertretbaren“ Beitragssatz gewährleisten: Es müssten alternative Leistungs- und Finanzierungsmodelle geschaffen werden.

Sie sollen zwar nicht das bisherige lohn- und leistungsbezogene Rentensystem völlig ablösen, aber sie müssten dem Prinzip der „Eigenvorsorge“ erheblich mehr Gewicht geben.

Ziel könne absolut nicht sein die „Beseitigung von Armut im Alter“, dies zähle nicht zu den Aufgaben der Rentenversicherung. Dazu sei die (damalige) Sozialhilfe da. (aus einem Artikel von Hans-Peter Brenner auf: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/10/zu-einigen-hintergruenden-der-renten-debatte/>)

Bundestagswahl 2017: Wozu kandidieren?

Bezirksmitgliederversammlung der DKP Hessen zur Wahl der Landesliste

Die Frage wird oft vor dem Hintergrund der zu erwartenden 0,2 oder gar 0,3 Prozent gestellt. Hinzu kommt die Frage auch einiger Freunde, ob wir damit nicht der Partei Die Linke (PDL) schaden und ihr Stimmen wegnehmen. Darauf gab der Bezirksvorsitzende der hessischen Organisation der DKP,



Axel Koppey, eine klare Antwort, der auch in der Diskussion nicht widersprochen wurde:

Die Kandidatur der DKP ist dringend erforderlich, da wir Kommunisten die einzigen sein werden, die konsequent gegen Kriege, gegen die NATO und gegen jegliche Kriegsvorbereitungen auftreten.

Mit unserem antimilitaristischen Kampf, gerade auch gemeinsam mit der SDAJ und anderen Antimilitaristen, unterstützen wir jene in der PDL, die ebenfalls gegen Krieg und Verelendung auftreten. Ein wenig Druck von links, so wurde allgemein festgestellt, kann der PDL nicht schaden. Die Aufstellung der Landesliste erfolgte einmütig; Kampfkandidaturen wurden nicht ausgefochten, was auch daran liegt, dass selbst für die Kandidaten auf den ersten Plätzen die Chancen auf ein Mandat für Berlin gering sind.

Auf die ersten Plätze wurden gewählt: Axel Koppey aus Offenbach, Erika Beltz aus Gießen und der Chefredakteur der UZ, Lucas Zeise.

Welche Erfolge können wir im Wahlkampf erringen? Da es notwendig ist, 2000 Unterschriften für die Zulassung der Landesliste zu sammeln (Direktkandidaten 200), sind wir aufgefordert, Gespräche zu führen und unsere kommunistischen Positionen darzustellen. Aufgefordert sind wir ebenfalls mit unseren Genossinnen zu sprechen, um mehr von ihnen für den Wahlkampf zu gewinnen, als ihr Erscheinen auf der Liste vermuten lässt.

Wir verbreiten keine Illusionen. Die Verwirklichung der Forderung nach Überwindung von Elend und Arbeitslosigkeit, nach Frieden wird erst im Sozialismus möglich sein; dennoch müssen wir jetzt darum ringen und in diesem Kampf die dem Kapitalismus innewohnende Logik deutlich machen und aufzeigen: Es geht um die Machtfrage, also um die Eigentumsfrage.

Michael Beltz

Die Landesliste der DKP Hessen zu den Bundestagswahlen 2017

1. Axel Koppey, Offenbach
2. Erika Beltz, Gießen
3. Lucas Zeise, Frankfurt
4. Claudia Reimer, Nordhessen
5. Tobias Salin, Gießen
6. Rainer Keil, Darmstadt
7. Gerd Schulmeyer, Groß-Gerau
8. Robin Schmidt, Frankfurt
9. Andreas Heine, Nordhessen
10. Henning Mächerle, Gießen
11. Pablo Graubner, Lahn-Dill-Kreis
12. Max Matthes, Frankfurt
13. Bernd Blümmel, Darmstadt
14. Rainer Grabowski, Lahn-Dill-Kreis
15. Robert Weber, Darmstadt
16. Alfred J. Arndt, Groß-Gerau
17. Bernhard Heß, Offenbach
18. Frank Gersfeld-Jung, Darmstadt
19. Herwig Selzer, Marburg
20. Thomas Knecht, Hochtaunus
21. Michael Beltz, Gießen
22. Arno Grieger, Darmstadt



Griechenland und die Eurokrise

Am 11. Oktober diskutierte Andreas Wehr (links im Bild, rechts Pablo Graubner) auf einer Veranstaltung der DKP im Versailles-Zimmer der Kongresshalle das Scheitern von Syriza und die Konsequenzen. Der Referent zerstreute die Illusionen, mit Alexis Tsipras hätte es positive Veränderungen in Europa geben können. Nur der Bruch mit der EU ermöglicht eine eigenständige antikapitalistische Politik. Dass es den Griechen in diesem Fall heute viel schlechter gehen



würde, bezweifelte Wehr, besonders angesichts der katastrophalen Folgen durch die Kürzungs- und Privatisierungspolitik in allen Bereichen.

R. Grabowski

Nazi Eger wird immer noch geehrt

Ende Oktober wurde die Umbenennung des Otto-Eger-Heims auch sichtbar vollzogen. Statt dem des Faschisten Eger steht nun der Name der Widerstandskämpferin Mildred Harnack-Fish am Gebäude. Auf der Schautafel der Stadt auf dem Alten Friedhof ist aber immer noch das Grab von Eger-Nazi als sehenswert aufgeführt.



Deutsch-eritreische Freundschaftsgesellschaft

Etwa 20 Menschen aus vielen Teilen der BRD trafen sich Ende Oktober in Gießen, um die Gründung einer deutsch-eritreischen Freundschaftsgesellschaft vorzubereiten.

Alle kennen und schätzen das Land aus eigener Anschauung, einige haben die Fortschritte Eritreas beim Aufbau über viele Jahre verfolgt, einige unterstützen es in Hilfsorganisationen.

Die Erfolge, die in den 25 Jahren seit dem Unabhängigkeitskrieg erzielt werden konnten, sind

beachtlich für ein afrikanisches Land: 80% der Menschen (früher 30%) haben Zugang zu Trinkwasser, Krankheiten wie Malaria und Polio sind besiegt, 99% aller Kinder werden geimpft und 80 bis 90% eingeschult.



Mit dem zu gründenden Verein sollen Toleranz und Völkerverständigung gefördert, die Beziehungen zwischen

Eritrea und der BRD vertieft sowie ein kultureller Austausch angestrebt und zur Verbreitung von authentischen Kenntnissen über das Land beigetragen werden. Besonders letzteres ist dringend geboten angesichts der vie-

len Lügen und Verleumdungen, die über Eritrea kolportiert werden – in Gießen tut sich hier vor allem der

Grüne Fraktionsvorsitzende Grothe hervor.

Dass es Eritrea geschafft hat, sich der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung zu entziehen, dass es seine Bodenschätze nicht an westliche Konzerne billig verhöckert, sondern eine kontinuierliche Politik zum Wohl der dort wohnenden Menschen betreibt, ist den Kapitalvertretern ein Dorn im Auge.

Und schlimmer noch: Das

Beispiel Eritrea könnte andere afrikanische Länder zur Nachahmung veranlassen.

Für die deutsch-eritreische Freundschaftsgesellschaft wird es viel zu tun geben.

Michael Beltz

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
 CompressVerlag,
 Hoffnungs-Str. 18 ,
 45127 Essen
 info@unsere-zeit.de

DKP
 Nachrichtenportal 
 news.dkp.de

Kunst ohne Kenntnis?

Über Kunst kann man streiten – vor allem über Kunst im öffentlichen Raum. Gießener Kunststudenten haben sich in einem Projekt „Kunst kommentiert Kunst“ die Aufgabe gestellt, sich mit Skulpturen und Denkmälern in der Stadt zu beschäftigen. Von den Ergebnissen ist eines witzig („Schlaf gut“ im Theaterpark), die meisten sind belanglos, bei dem „Kunstrasen“ auf dem Platz vorm Rathaus wurde nicht einmal der Titel des angeblich kommentierten Werkes richtig abgeschrieben („fragil“ statt „fraktal“). Ärgerlich ist der Umgang mit den Stelen beim Alten Schloss (Foto). Die dort abgebildeten Köpfe (Georg Büchner, Ludwig Börne, Carl Vogt und Wilhelm Liebknecht) wurden mit ei-



nem Verschlag aus groben Brettern verdeckt. Soll das bedeuten, die vier hätten Bretter vorm Kopf gehabt? Oder wird solches den Betrachtern unterstellt? Ein Blick auf den Titel „Be-

queme Freiheit“ bringt auch nicht weiter. Für die abgebildeten Männer, die im 19. Jahrhundert gegen die Adels Herrschaft, gegen Willkür und für

die Rechte von Bürgern, Arbeitern und Bauern kämpften, war das bestimmt alles andere als bequem. Für alle, die sich die Kämpfer dieser Zeit zum Vorbild nehmen, ist das auch nicht bequem. Der Macher dieses Werkes hat sich vermutlich mit der Geschichte, an die hier erinnert wird, kaum auseinandergesetzt.

Gernot Linhart

Sie lügen wie gedruckt.
 Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!  Das Magazin

www.jungewelt.de/testabo
 Abotelefon: 030 53 63 55 50

Redaktionsschluss für Dezember-Echo: Mi., 23.11.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Gegen Kapitalismus und Krieg – Gedenken an Ria Deeg

Trotz mehrfacher Forderungen gibt es - 16 Jahre nach Rias Tod - noch keine angemessene Würdigung. Kein Platz, keine Straße in Gießen trägt ihren Namen.

Wir laden daher ein zur Gedenkveranstaltung für Ria Deeg. Sie ist Auftakt für weitere Aktivitäten, um eine angemessene Würdigung Rias zu ihrem 110. Geburtstag im Jahr 2017 zu erreichen.

Traditionbewahren heißt nicht, Asche aufheben, sondern eine Flamme am Brennen zu halten!
- Jean Jaurès

Es sprechen: Michael Beltz, Werner Deeg

Ausstellung: Exponate und Dokumente aus dem Leben von Ria Deeg

Kulturprogramm: Erich Schaffner und Georg Klemp

Donnerstag, 1. Dezember, 19 Uhr, Kerkradezimmer, Kongresshalle Gießen

DKP Gießen, SDAJ Gießen, VVN-BdA Gießen

Wir gratulieren unserem jahrzehntelangen, seit seinem Beitritt in die DKP im Kreisvorstand Gießen nicht wegzudenkenden, Genossen und unserem langjährigen Bezirksvorsitzenden von Hessen

Michael Beltz

herzlich zum

75. Geburtstag

Lieber Micha, mögest Du Deinen Humor behalten, mit dem Du an manchen Infoständen, Versammlungen und auch als Stadtverordneter zur Erheiterung beiträgst. Die Öffentlichkeit hast Du nie noch gescheut, und mit Deiner lockeren Agora-Manie gelingt es Dir, immer Deinen Mund am Ohr der Massen zu haben.

Wir wünschen Dir Gesundheit, Glück und die notwendige Standhaftigkeit im Kampf gegen den Imperialismus zur Stärkung unserer Partei, der DKP.

Gießen, den 6. November 2016

*Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Kreisorganisation Gießen
SDAJ Gießen/Marburg*

Liebe Leser und Leserinnen,

wir bitten um Überwei- sung der Abo-Gebüh- ren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. - Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.

*Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion*

**Offenes Treffen gegen
Krieg und Rassismus**

**Jeden 2. und 4. Donnerstag im
Monat treffen sich um 18 Uhr inter-
essierte Jugendliche im Jugend-
zentrum „Jokus“, Ostanlage 25a.
[facebook.com/otgiessen](https://www.facebook.com/otgiessen).**

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**

Trotz Enthaltung der USA wird die Blockade fortgesetzt

Jedes Jahr werden die USA von der UNO-Vollversammlung aufgefordert, die Blockade gegen Kuba zu beenden – seit 25 Jahren.

Jetzt haben sich die USA (und Israel) erstmals enthalten; der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Zum 25. Mal wurde über die Verurteilung von Washingtons völkerrechtswidrigem Wirtschaftskrieg gegen den Inselstaat abgestimmt, und das Ergebnis war deutlich wie nie zuvor. 191 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen stimmten der Resolution zu, es gab keine Gegenstimmen. Die zwei Enthaltungen kamen wie angekün-

dig von den USA und von Israel, das sich auch in den letzten Jahren immer entsprechend der Vorgabe aus Washington verhalten hatte. Geändert hat sich dadurch nichts.

Für Euphorie sah Kubas Außenminister Bruno Rodríguez in seiner Ansprache jedoch keinen Grund. Die seit über 50 Jahren einseitig verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade sei nach wie vor in vollem Umfang in Kraft, kritisierte er. Er forderte Washington zu konkreten Schritten auf, um die Blockade definitiv zu beenden. Allein in den zwölf Monaten bis April 2016 hätten die

Sanktionen unmittelbar Schäden in Höhe von mehr als vier Milliarden US-Dollar verursacht.

Er würdigte die Enthaltung der USA diplomatisch als »positiven Schritt für die Zukunft der Beziehungen zwischen unseren Ländern«. Es habe 24 Jahre gedauert, »bis die USA zumindest in diesem Saal ihr Abstimmungsverhalten korrigiert haben«. Das sei vor allem der festen Position von Fidel und Raúl Castro und dem kubanischen Volk zu verdanken, welches seine Unabhängigkeit, Souveränität und Würde gegen die Blockade und alle anderen Angriffe verteidigte.